

Der Streik um das Konkordat.

Berlin, 6. April. Heute vormittag ist die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei zusammengetreten, um zur Konkordatsfrage Stellung zu nehmen.

In volksparteilichen Kreisen wird erklärt, daß mit der vom Grafen Beckenroth namens der Regierungsparteien im Reichstage abgegebenen Erklärung keineswegs eine Bindung für die künftige Stellungnahme zu den Konkordats- und in der Schulfrage eingegangen werde.

Der preussische Staatsminister Dr. Köpfer-Schöff hat gestern in Berlin auf den früheren Beschluß der demokratischen Fraktion, jedes Konkordat als unbrauchbar abzulehnen, das über eine rein formelle Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche hinausgehen und Schulfragen behandeln würde, hingewiesen und erklärt, daß auch die demokratischen Minister im preussischen Kabinett niemals für ein schulparteiliches Konkordat zu haben sein würden.

Berlin, 6. April. In der Presse ist mehrfach die Rede von einer Demarche, die der päpstliche Nuntius Paelli beim Reichsminister Dr. Brüning wegen der Konkordatsfrage unternommen habe.

Die angeblichen Akten über die Evaporator U. G.

Flauen, 6. April. In Beginn der heutigen Verhandlung richtete Herr Dr. Kunz an den Zeugen Kraus folgende Frage: Sie haben gestern und vorgestern ausgesagt, Ihnen sei von dem Inhalt des Materials nichts bekannt gewesen.

folgender Professor

erklären, den Sie verschiedenen Stellen angeboten haben sollen:

Wagge 26 enthält die Unterlagen zu den Geschäften der Evaporator U. G. mit der Reichsbauhandelsbank. Hier ist besonders schwer belästigendes Material gegen Dr. Köpfer-Schöff, der in enger Verbindung zu dem Generaldirektor Vinum stand, in denen Dr. Köpfer-Schöff seinen ausfalligen Bescheid mit General Koller erlegte, dessen Schwester die Frau von Vinum war.

Junge Kraus: Ich habe keine Zusammenstellung gemacht, sondern das ganze ungeschichtet übergeben. Woher die Zusammenstellung stammt, weiß ich nicht. Junge Köpfer: Auch ich weiß nichts darüber, was aus dem Material geworden ist. Junge Vinum jun. erklärt auf Befragen: Uns wird Mitteilung von Ausfuhrabgaben vorzuerwartet, aber wir haben nur bei einem einzigen Geschäft, nämlich bei der Ausfuhr von 10000 Tonnen italienischer Reismunition überhaupt exportiert, und da haben wir die Ausfuhrabgabe von 10 Prozent bezahlt.

Junge Oberleutnant a. D. Eugen Abel, feinerzeit Angehänger der Evaporator, erklärt, es sei nichts an Polen gegangen; das Anhalten des Schrotts sei unberechtigt gewesen. Nach weiterer Ausrede erklärt der Vorsitzende: Wir würden über die Frage schnell hinwegkommen, wenn seitens des Angeklagten der Versuch aufgegeben würde, zu beweisen, daß es sich um Reismunition gehandelt habe.

Sachverständiger Major a. D. Seemann hält es für durchaus möglich, daß von den Unterorganen falsche Granaten verfertigt worden sind. Vorl.: Es ist behauptet worden, daß auf dunklen Kanälen deutsches Kriegsmaterial nach Polen verschoben werden sollte. Sachverständiger Seemann: Das Material stammt von der Reichstreuhandlungsgesellschaft. Es ist doch ganz ausgeschlossen, und niemand von uns, ganz gleich welcher Partei, kann glauben, daß unser Staat Material an unsere Feinde liefern ließe, das man noch irgendetwas als Kriegsmaterial verwenden könnte.

„Kaiser oder Knock-out.“

Traumgroteske von Rudolf Rittmann.

Uraufführung im Albert-Theater, 5. April 1927. Den Mythen eines Weltkriegeres hat Rudolf Rittmann als Traumgroteske geformt. Der Angsttraum Tom Weibens, ob er Kaiser oder Knock-out werden wird, soll auch unsere Zuschauerreihe bedrücken.

Rudolf Rittmann ist an diese Beiträge ohne die Absicht, sie dichterisch zu ergründen, herangegangen, hat sie aber auch nicht mit dem freien Bewusstsein zum Glauben an den Sieg des Geistes aufgefacht. Er schlüpfte sich in den Traum und die Groteske und gewann so die Freiheit der Satire, Spott und Ergebnisslosigkeit der Auseinandersetzung mit dem Problem.

Sächsischer Landtag.

Verteilung der Mietzinssteuer. — Nur 40 Millionen Mark Anleihe genehmigt.

25. Sitzung.

Dresden, den 6. April 1927.

Der Landtag hält heute seine letzte Sitzung vor der Osterpause ab. Die Verhandlungen begannen bereits 10 Uhr. Der erste Punkt betrifft die Vorlage der Regierung über den

Geldentwertungsanleihe bei bebauten Grundstücken.

Abg. Köllig (D. Vp.) erstattet im Namen des Rechtsausschusses den Bericht über die Beratungen des Gesetzentwurfes, dessen Inhalt, wie bekannt, die

Mieterhöhung

gewesen ist. Das Ergebnis der Ausschussberatung, insbesondere die Verteilung der Miete, ist in unserem Blatte bereits veröffentlicht worden. Der Redner schlägt die Ausnahme der Vorlage mit der von dem Ausschusse beschlossenen Änderung vor, daß den Besitzern von Einshäusern (Stieghäusern) die Erhöhung der Wohnungsbauabgabe am 1. April in Höhe von fünf Prozent nicht voll zugeschlagen wird, sondern nur mit zwei Prozent und am 1. Oktober nicht mit weiteren sechs Prozent, sondern nur mit weiteren zwei Prozent.

Die Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten haben eine Reihe von Minderheitsanträgen eingebracht. Abg. Edel (Soz.) spricht von einer unerhörten Verschönerung, für die sachliche Gründe nicht angeführt werden könnten. Die Rechte des Volkes würden durch das Gesetz mit Füßen getreten.

Finanzminister Weber

wendet sich gegen den Vorredner, der das amtliche Material über die Belastung des Hausbesitzes durch die Grundsteuer angezweifelt hatte. Der Minister stellt dem Hause dieses Material zur Verfügung und betont, daß die Belastung gegenüber der Vertriebssteuer das Doppelte bis Dreifache betrage.

Abg. Reuter (Komm.) hält die Zuwendung an die Hausbesitzer ebenfalls für unangebracht.

Abg. Dr. Dehne (Dem.) erklärt, daß seine Fraktion der Mietzinssteuer grundsätzlich abgeneigt sei. Sachsen sei aber in dieser Beziehung gegenüber dem Reich machtlos. Die neue Mietzinssteuererhöhung erfolge viel zu schnell und in einem zu großen Umfange. Es lagen jedoch auch hier Berliner Beschlüsse vor, die für uns bindend seien. Der Redner beantragt die Erhöhung der Minderbeträge in der Vorlage und stellt entsprechende Abänderungsanträge. Es müsse vermieden werden, die Parteien der Mietzinssteuer noch mehr zu verschärfen.

Abg. Dr. Eberle (D. N.) schlägt vor, einen Antrag des Abg. Edel, den Gemeinden für die Verwaltung der Auswertungssteuer eine Entschädigung von 2 1/2 Prozent des Staatsanteils, entsprechend den Forderungen des Gemeindegesetzes, zu gewähren, an den Ausschuss zurückzumerweisen, da die Frage noch nicht geklärt ist.

Abg. Grohmann (Wirtsch.) äußert, daß von einem Gehalt an die Hausbesitzer keine Rede sein könne. Der erhöhte Hausbesitzeranteil sei ein Ausgleich für die großen Belastungen, die den Hausbesitzern auferlegt worden seien. Der Redner zählt diese Belastungen auf und weist darauf hin, daß das, was der Finanzminister und der Reichsminister überlagert haben, durchaus richtig sei. Einen Teil der Forderungen habe seine Partei im Interesse der Koalition zurückgestellt.

Abg. Raab (Volkrechtsp.) seine Partei sei grundsätzlich gegen jede Mieterhöhung; sie gehe auf Kosten der Sparrer. Eine Ablehnung sei aber unmöglich, da diese Frage nicht den Vätern überlassen sei. Seine Fraktion nehme die Regierungsvorlage in ihrem ersten Teile an und werde den Anträgen des Abgeordneten Dr. Dehne zustimmen.

Damit ist die Aussprache zu Ende. Die Abstimmung unterbleibt vorläufig, da die Anträge noch nicht gedruckt vorliegen.

Es folgt die zweite Beratung des

Anleihegesetzes.

Abg. Dr. Eberle (D. N.) erstattet den Bericht des Rechtsausschusses. Er schlägt vor, dem Entwurfe mit einigen Änderungen zuzustimmen. Danach wird das Finanzministerium ermächtigt, zur Tilgung schwebender Schulden und zur Deckung außerordentlicher Staatsbedürfnisse eine oder mehrere veränderliche Anleihen bis zum Gesamtbetrage von 100 Millionen Mark aufzunehmen.

Dinter § 8 soll folgende Bestimmung eingefügt werden: Das Finanzministerium wird ermächtigt, an Stelle der nach § 1 auszugebenden Schuldverschreibungen bis zum Betrage von 40 Millionen Mark veränderliche oder unveränderliche Schatzanweisungen in inländischer oder ausländischer Währung neu auszugeben oder Darlehen aufzunehmen. Diese Ermächtigung enthält die Befugnis, Schatzanweisungen durch Ausgabe von neuen Schatzanweisungen und von Schuld-

verschreibungen in dem dazu erforderlichen Nennbetrage einzulösen.

Durch dieses Gesetz erfüllt die Befugnis des Finanzministers zur Ausgabe von Schatzanweisungen nach dem Gesetze vom 8. April 1926.

Da nach diesem Gesetze bereits 60 Millionen Mark an Schatzanweisungen ausgegeben sind, ermäßigt sich der der Regierung jetzt zur Verfügung zu stellende Betrag auf 40 Millionen Mark.

Finanzminister Weber

führt aus, daß die Regierung durch den Ausschlußbeschlusse in die alleräußerste Lage kommen werde. Mit dem Anleihegesetz wolle die Regierung den bisherigen Verschuldbetrag langfristig konsolidieren und Mittel für den Wohnungsbau schaffen. Der Gesamtbedarf betrage 105 Millionen Mark. Mit der Anleihebewilligung werde aber der Regierung jeder Versuch, den Betriebsmittelkredit annehmen. Dies werde dazu führen, daß bringende Aufgaben einfach nicht durchgeführt werden könnten. Die Regierung werde gezwungen sein, dem Landtage ein Finanzgesetz vorzulegen, damit sie sich durch Auflegung von Schatzanweisungen den erforderlichen Betriebsmittelkredit beschaffen könne.

Abg. Böttcher (Komm.) greift in seiner bekannnten Art die Regierung an, deren Lage unhaltbar sei. Die Rede Böttchers rüst wiederholt stürmische Beifall hervor.

Abg. Ren (Soz.) erklärt, daß keine Fraktion der Regierung keinen Großen bewilligen werde.

Abg. Dr. Senfert (Dem.) bekämpft den Ausschussantrag hinsichtlich der Verabreichung des Betrages, der von den Deutschnationalen eingebracht worden war. Es sei nicht der Landtag, der Regierung die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Abg. Dr. Eberle (D. N.): Wenn jetzt vierzig Millionen Mark der Regierung unbenutzt bereit gestellt würden, so sei das die Grenze des Möglichen. Seine Partei wolle keine Verantwortung auf sich nehmen, die sie nicht tragen könne.

Finanzminister Weber

ergreift wiederholt das Wort, um die Regierungsvorlage in seiner ursprünglichen Form zu verteidigen. Die 40 Millionen Mark würden schon durch die Verschuldungen aus dem vorigen Jahre aufgefressen. Ohne Betriebsmittelkredit könne die Regierung nicht auskommen.

Abstimmungen

Der Entwurf des Anleihegesetzes wird in der Fassung des Ausschusses gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Danach erfolgt die Abstimmung über den Gesetzentwurf über den Geldentwertungsanleihe bei bebauten Grundstücken (Mietzinssteuer).

Die Minderheitsanträge werden abgelehnt mit Ausnahme des Antrages Dr. Dehne. Danach erhöhen sich die ermäßigten Steuerhöhen des Abzuges 1 in § 16 vom 1. April 1927 ab um jährlich 2 Prozent des Nutzungswertes und vom 1. Oktober 1927 ab um jährlich weitere 2 Prozent des Nutzungswertes. Es handelt sich hierbei um die Ermäßigung, die stufenweise nach dem Gesetz für minderbelastete Grundstücke eintritt.

Im übrigen wird die Vorlage in der Fassung des Ausschusses verabschiedet.

Präsident Schwarz teilt im Laufe der Aussprache mit, daß an Stelle des ausgeschiedenen Abg. Ewert der Abg. Schelller (Komm.) in den Landtag eingetreten sei. Unter schallender Beifallzeit des Hauses spricht der Präsident den Wunsch aus, daß sich der neue Abgeordnete tatkräftig an den Verhandlungen beteiligen werde.

Der außerordentliche Ausschuss für

Befoldungs- und Beamtenfragen

hat sich mit Anträgen der Demokraten und Sozialdemokraten befaßt.

Es wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten beschlossen, die Regierung zu ersuchen, unverzüglich bei der Reichsregierung und beim Reichsrat den Antrag zu stellen, daß noch vor den Sommerferien des Reichstages eine

reichsgesetzliche Neuregelung der Beamtenbefoldung

erfolgt, für den Fall der Ablehnung dieses Antrages aber dem Landtage eine Vorlage über eine Zwischenregelung vorzulegen.

Ein Minderheitsantrag der Sozialdemokraten wird abgelehnt.

Abg. Herrmann (Soz.) begründet eine Anfrage seiner Fraktion betr. den

erweiterten Bergarbeiterzuschuß.

Am 16. Dezember 1925 habe der Landtag einen Antrag auf erweiterten Bergarbeiterzuschuß angenommen. Danach sollte die Regierung schon vor Verabschiedung eines Reichsbergarbeiter-

drei Akte (die auch noch durch eine Pause unterbrochen werden). Ueberzeugungskraft des Traumbüchens konnte nur aus ununterbrochenen, schnellen Abrollen der wechselnden Bilder entstehen. Daß sowohl und dieses doppelt verdichtet, wäre mehr gewesen. Auch die Durchkreuzung des Grundgedankens durch weisensfremde Bildnisse aus anderen Seelentiefen hätte der wahren Psychologie des Traumes mehr entsprochen. Der Traum hat seine eigene Logik, und die hält allerdings Rittmann ganz geradlinig fest. Tom wird vom Teufel zum Weltkaiser gekürt, sucht in tausend Ängsten dem bräunenden Gegentaiser zu entgehen, glaubt tot zu sein, muß aber den Endkampf mit Jantar aufnehmen, der ihn knock-out schlägt. Was nun an belämmerten Vorstellungen aus dem Unterbewußtsein durch den Angsttraum emporgeschwungen wird, umflutet, umwirbelt, den armen Tom. Das meiste kommt aus der Phantasie des Schöpfers und Boxers, auch die Erscheinung des Schulmeisters, eines der häufigsten Gespenster unserer Angstträume. Aber die Art, wie sich dieser zum Führer der Weltigen gegen die Boxerherrschafft macht, übersteigt die intellektuellen Möglichkeiten des wackeren Tom und ist Psychologie aus dem Gehirn des Schriftstellers. Wenn sowohl Dialektik und Problematik in Tom Kopf lebte, wäre er wohl ein schlechter Boxer. Indessen, was die Hauptfrage ist, Rittmann hat wibige Einfälle, blüht mit satirischen Scheinwerken im Dunkle der Zeit und erhebt wirklich hier und da ein Stückchen der Massenpsychologie der Sportbegeisterung. Daß nämlich die Spannkraft der Traumphantasie nachläßt, liegt teils an der Ueberdehnung und Ueberhäufung des Einfalls, teils an dem natürlichen Versagen dieser dramatischen Form überhaupt. Seine Traumgroteske ist eine geladete, nicht unwichtige, manchmal auch unnötig brüllende Bühnendichtung, in der mit einigem Klamauf ein Stück Zeitgeist eingelassen ist.

Für Hanns Fischers Regie war die Sache eine hübsche Gelegenheit zur Entfaltung reger Bühnenphantasie. Mit Scheinwerfer, Laterna Magica und Kaleidoskop zauberte er Hintergründe des Traumes hervor, mit einer Reihe mannigfaltiger Reiztypen aus Sport- und Filmwelt belebte er ebenso wichtig wie der Autor die Szene aus Treppenaufbauten und Podien. Jazzmusik erküllterte rhytmisch das Gestalten-gewoge; nette Regieeffekte belebten die Bühne. Soweit hier Schauspielersches zu gestalten war, trat allerlei Ullges und Groteskes in die Erscheinung. Paul Rainer hatte für den kroumgeängsten Weltkaiser eine gewisse Treueherzlichkeit und manchmal Eitelkeit des Ausdruckes für die Seelenqual des Traumes. Laura Schäfer machte seine Frau mit weniger Liebendwürdigkeit als Gerisheit. Aus der Mäuremense treten v. Kalanders Manager-Tempel, Albert W. H. H.

vollbärtiger Professor führend hervor. Als eine sehr nützige unterhaltende und phantastisch-reizende Theaterpielerei mit Zeitbildergrund und darl Stück und Vorstellung aus oft wiederholte Belebtheit der Ausnahme rechnen wir am Uraufführungabend. Dem verangigten Beifall folgten Rittmann und Fischer viele Male an die Rampe.

Dr. Felix Zimmermann.

Kunst und Wissenschaft.

1* Mitteilungen der Sächsischen Staatstheater. Opernhaus. Beethoven's „Fidelio“ in neuer Einstudierung morgen Donnerstag (Anrechtstheater B) ist wie folgt besetzt: Don Fernando: Juar Andresen (zum erstenmal), Don Pizarro: Robert Burg, Florestan: Friz Vogelstrom, Leonore: Eugenie Burghard (zum erstenmal), Rocco: Willy Haber, Marcelline: Grete Ritzsch, Jaquino: Heinrich Lehmer, zwei Gesangene: Ludwiga Eubisch, Robert Büffel. Musikalische Leitung: Friz Busch, Inszenierung: Alfred Reuder, Einstudierung der Chöre: Karl W. Pembaur. Anfang 7 1/2 Uhr.

Freitag, den 8. April, außer Anrecht: „Margarithe“ von Gounod mit Eliza Stünner in der Titelpartie, Max Dirzel, Adolph Schoepflin, Elfriede Haberforn, Paul Schöffler, Robert Büffel, Helene Jung, Julius Püttlich. Im Bachkanale: Hilde Brumof, Hilde Schlieben und die Tanzgruppe. Musikalische Leitung: Kurt Striegler, Spielleitung: Georg Toller. Anfang 7 Uhr.

In der heute Mittwoch stattfindenden Aufführung von „Figgaro's Hochzeit“ singt statt Fräulein Meta Seinemeyer, die besser ist, Frau Elisabeth Bergmann. Reich vom Nationaltheater in Weimar die Partie der Gräfin und die Partie der Marcelline Fräulein Elfriede Haberforn statt Fräulein Helene Jung.

Das Solistenquartett in der Aufführung von Mozarts „Requiem“ am Sonntag, dem 10. April, unter Leitung von Generalmusikdirektor Friz Busch ist mit den Damen Bertha Sturina aus Wien (als Gasts) und Helene Jung, sowie den Herren Max Dirzel und Willy Haber besetzt.

Schauspielhaus. Donnerstag, den 7. April, wird außer Anrecht Shakespeares „König Heinrich IV.“ (2. Teil) gegeben. Es ist dies bis auf weiteres die letzte Gelegenheit, die beiden Teile des Werkes in unmittelbarem Zusammenhang zu sehen, da die Spielplangestaltung der nächsten Wochen keine Möglichkeit bietet, sie an zwei aufeinanderfolgenden Tagen anzulegen. Spielleitung: Josef Wielen. Anfang 7 1/2 Uhr.